

Zahnärzte für Niedersachsen e.V. (ZfN)

Der Vorstandsvorsitzende
D.M.D. Henner Bunke
Steinförder Straße 2
29323 Wietze



Positionspapier der Zahnärzte für Niedersachsen e.V. (ZfN) zur aktuellen gesundheitspolitischen Situation der deutschen Zahnarztpraxen 2012

Leistungsgerechte Vergütung

Die ZfN fordern die Abschaffung der leistungsfeindlichen Budgets. Die Grundlohnsummenanbindung wird abgelehnt. Die Honorierung muss den aktuellen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen angepasst sein.

Gesundheitsleistungen sind kein Spekulationsobjekt

Mit Sorge beobachten die ZfN die seit langer Zeit laufenden Bestrebungen von Wirtschaft und Politik, die Heilung von Menschen in Arztpraxen auf das Erbringen von Gesundheitsleistungen zu reduzieren, das dann am wirtschaftlichsten in großen Einheiten organisiert werden kann. Nicht mehr der Kranke bzw. der Patient steht da im Mittelpunkt der Bemühungen, sondern der effiziente Ablauf innerhalb einer Betriebsorganisation. Hier sollen die vielbeschworenen Wirtschaftlichkeitsreserven gehoben werden. Vereinheitlichung aller Abläufe (einschließlich der therapeutischen) ist da wichtiger, als die Individualität des Kranken. Die Konzentration auf wenige, aber große Zentren hilft bei der wirtschaftlichen Organisation der Abläufe. Hier geht es darum, Ärzte in Medizinischen Versorgungszentren zusammenzufassen, und die ambulante Versorgung, so weit wie es sich wirtschaftlich lohnt, an die Kliniken heranzuziehen. Das führt dazu, dass die Gesundheitsversorgung in die Hand von Kapitalgesellschaften fällt, nur weil die Politik sich davon eine Ersparnis bei den Gesundheitsausgaben verspricht.

Die ZfN halten diese Entwicklung für einen Irrweg. Unsere Patienten haben den Anspruch auf eine flächendeckende, wohnortnahe medizinische Versorgung. Außerdem ist das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient von entscheidender Bedeutung für den Heilerfolg. Die ZfN fordern darum die Politik auf, für den Erhalt der freien Praxen mit niedergelassenen Zahnärzten einzutreten und auch die dafür erforderlichen Bedingungen zu schaffen.

Die ZfN stehen neuen Formen der zahnärztlichen Berufsausübung offen gegenüber. Jeder soll entsprechend seiner Lebensplanung seinen Beruf ausüben können. Voraussetzung ist allerdings die Ausübung des Berufes in Freiberuflichkeit und Eigenverantwortung.

GOZ

Die Politik ist aufgerufen, eine Gebührenordnung zu schaffen, die eine Zahnheilkunde nach dem neuesten wissenschaftlichen Stand abbildet. Ebenso müssen die für die einzelnen Leistungen angesetzten Gebühren den heutigen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen entsprechen. Die Novelle der privaten Gebührenordnung für Zahnärzte vom 01.01.2012 erfüllt diese Anforderungen nicht.

Festzuschüsse

Die ZfN befürworten eine Ausweitung der Festzuschussystematik.

Versorgungskonzept AuB

Die ZfN unterstützen das AuB-Konzept von KZBV und BZÄK. Voraussetzung ist eine unbudgetierte, angemessene Honorierung der zahnärztlichen Leistungen.

Gesundheitsfonds

Der Gesundheitsfonds ist marktfeindlich und ebnet den Weg in die Einheitsversicherung. Er muss deswegen abgeschafft werden.

Elektronische Gesundheitskarte

Die Elektronische Gesundheitskarte (eGK) bietet für die Zahnarztpraxen und deren Patienten keine neuen Funktionen gegenüber der alten KVK. Die ZfN lehnen die eGK nach Nutzen- und Risikoabwägungen ab.

Akademisierung der Hilfsberufe

Die ZfN sehen aktuell für den Berufsstand keinen Bedarf an halbakademischen zahnmedizinischen Assistenzberufen.

Bologna-Prozess

Die ZfN lehnen eine Aufteilung des zahnmedizinischen Abschlusses in Bachelor und Master ab. Universitäre Ausbildung muss als Ziel den berufsfertigen Zahnarzt auf dem aktuellen wissenschaftlichen Stand haben.

Keine weitere Aufsplitterung der Zahnärzteschaft

Die ZfN sehen keine Notwendigkeit, weitere Fachzahnarztbezeichnungen einzuführen. Eine weitere Auffächerung des Berufsbildes ist unbedingt zu vermeiden.

Politik mit Augenmaß

Die ZfN stehen für eine pragmatische Politik der verfassten Zahnärzteschaft. Generelle Konfrontationspolitik lehnen die ZfN ab.

Erhalt der zahnärztlichen Körperschaften

Die ZfN fordern den Erhalt der zahnärztlichen Körperschaften im Rahmen der zahnärztlichen Selbstverwaltung, die gleichzeitig als Interessenvertretung der Zahnärzteschaft fungiert.

Hannover, 23.06.2012

Der Vorstand der ZfN